

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Fernsprecher Nr. 29.

82. Jahrgang.

Fernsprecher Nr. 29.

Angaben-Beilage
j. d. Spalt. Seite und
gewönl. Schrift oder
beim Namen bei mal.
Schriftung 10 s.
bei mehrmaliger
entsprechend Makul.

Mit dem
Blattverleger
und
Schmied. Landwirt.

Nr 191

Montag den 17. August

1908

Amliches.

Bekanntmachung der K. Zentralstelle.
Bauausstellung in Stuttgart.

Die von uns veranstaltete, unter der Leitung der Beratungskommission für das Baugewerbe stehende Bauausstellung, die mit einer Ausstellung künstlerischer Wohnräume verbunden ist, hat den Zweck, den gegenwärtigen Stand der bürgerlichen Baukunst und der heimischen Bauweise nicht nur Fachleuten, sondern auch dem großen Publikum vor Augen zu führen und so befruchtend auf die Entwicklung der bürgerlichen Baukunst des Landes einzuwirken. In der Ausstellung werden Pläne, Schaubilder, Modelle, Photographien, Vorlagen, die verschiedensten Materialien für den Roh- und Innenaufbau, Konstruktionen, Vorsehrungen zum Schutz der Bauarbeiter, Maschinen und dergl., vor allem aber eine Anzahl von annähernd 30 größeren und kleineren Sonderbauten (Glasfamilienhäuser, Sommerhäuser, Arbeiterwohnhäuser, ein Gemeindegarten, Schulgebäude, Eisenbahnbauten und dergl.) vorgeführt.

Mit der Bauausstellung ist eine Ausstellung künstlerischer Wohnräume verbunden. Diese befinden sich teils in einer besonderen Wohnhalle, teils in der Gewerbehalle, teils in den Sonderbauten, die durchweg im Innern vollständig eingerichtet sind. Die Zahl der eingerichteten Wohn-, Bad- und Kücheneinrichtungen beträgt etwa 80.

Die Ausstellung befindet sich in der Gewerbehalle, auf dem zugehörigen Platz, den angrenzenden Straßen und im Stadtgarten in Stuttgart. Sie wird bis in den Monat Oktober dauern. — Im Stadtgarten, durch den der Zugang zur Ausstellung zu nehmen ist, finden täglich Konzerte statt.

Der Eintrittspreis beträgt:

für gewöhnliche Eintrittskarte	50 Pf.
billige Scheine Mittwoch nachmittags von 1 Uhr ab	30 Pf.
geschlossen eintretende Schulen (mindestens 15 Personen) werktags	30 Pf.
gewerbliche Fortbildungsschulen werktags und Sonntags bis 1 Uhr	30 Pf.
Kinder unter 10 Jahren	20 Pf.
Familienbauarten	20 Pf.
Eingelassene	6 Pf.

In Vereinsgruppen sowie an die Angehörigen gewerblicher Unternehmungen, die die Ausstellung besuchen beabsichtigen, können Eintrittskarten zum Preise von 25 Pf. abgegeben werden. Von Besuchen solcher Vereine usw. ist dem Sekretariat der Zentralstelle vorher Anzeige zu machen unter Angabe der ungefähren Zahl der Teilnehmer und der zum Empfang der Eintrittskarte bestimmten Person. Falls der Besuch an einem Sonntag erfolgen soll, muss dies vorher wegen jedoch besser vorzuziehen wird, muss die Anzeige spätestens am Samstag Nachmittag bei unserem Sekretariat einlaufen. Vom Sekretariat wird sodann ein Ausweis ausgestellt, der die Kassenscheine ermächtigt, die Scheine den in der Anzeige bezeichneten Personen auszulassen.

Die Scheine hat jeder Besucher während seines ganzen Aufenthaltes in der Ausstellung aufzubewahren und auf Verlangen des Kassierers vorzulegen.

Zum Besuche der Ausstellung laden wir jedermann, insbesondere die beteiligten Gewerbetreibenden ein.

Die gewerblichen Vereinskassen eruchen wir, ihre Mitglieder auf das zur Förderung der Gewerbetreibenden unseres Landes ins Leben gerufene Unternehmen aufmerksam zu machen und zu zahlreichem Besuche der Ausstellung anzuregen.

Stuttgart, den 10. Juni 1908.

Moshaef.

Am 14. August ist von der Evangelischen Oberschulbehörde eine Mittelschule in Heilbronn dem Mittelschullehrer Beutel in Röttingen (früher in Heilbronn), die 1. Schullehrer in Oberjettingen dem Schullehrer Wagner in Heilbronn, Bez. Baumersbach (Oberjettingen), die 2. Schullehrer in Unterjettingen, dem Schullehrer Gegen in Heilbronn, Bez. Heilbrunn, die Schullehrer in Heilbronn, Bez. Calw, dem Schullehrermeister Wilhelm Seybold beauftragt worden.

Zeppelin.

r. Stuttgart, 15. Aug. Wie das „Neue Tagblatt“ berichtet, hat Graf Zeppelin einem Grenadier von der IX. Kompanie des 119. Infanterieregiments Königin Olga, der bei der Kataklysmen in Göttingen an den Händen und an der Brust mehrere Brandwunden davongetragen hatte und deshalb ins Lazarett verbracht worden war, durch den ihn behandelnden Offizier ein Schmerzensgeld von 100 M überreichen lassen.

Berlin, 15. Aug. Die Zeppelin-Marke der Motorluftschiffbau-Gesellschaft wird am 25. August zur Ausgabe gelangen. Die Studiengesellschaft hat den Industrie- und Handelskreisen die Anregung gegeben, am 11. Sept. die gesamte Post, namentlich die Auslandspost, mit der Zeppelin-Marke zu belegen. Dieser Gedanke hat in den maßgebenden Kreisen lebhaftes Sympathie gefunden. Es liegen bereits von den Bankhäusern Mendelssohn, der Diskontbank-Gesellschaft, der Darmstädter Bank, der Bank für die Brauindustrie Bestellungen auf große Posten der Zeppelin-Marke vor, ebenso aus Kreisen der Großindustrie. Die Bestellungen belaufen sich bereits am ersten Tage nach der Aufforderung zum Betrieb der Marken auf Hunderttausende. Einzelne Firmen haben bis zu 10 000 M bestellt.

Graf Zeppelin als „Model“. Die Überfliegen des Grafen Zeppelin mit Anordnungen, Vorschlägen, Ratsschlüssen aller Art dauern ungeschwächt an. Neuerdings haben, nach der Frankf. Ztg., auch die Künstler den berühmten Grafen auf Korn genommen. Widerstrebend ließ sich der Graf von der Notwendigkeit einer künstlerischen Wiedergabe seiner Stege überzeugen und meinte resigniert, als er sich einem Modelleur zum Eigen bequemen mußte: „Es ist eigentlich ein entsetzlicher Gedanke, so bei lebendigem Leibe verformt zu werden.“

Die Hilfsaktion.

r. Stuttgart, 15. Aug. Als Nationalspende für den Grafen Zeppelin sind bis jetzt bei der Kgl. Rentenanstalt 1 000 000 M eingegangen, darunter 580 000 M aus Württemberg, wovon Graf Zeppelin selbst 200 000 M, die bei ihm eingingen, der Rentenanstalt überwies.

Kalen, 15. Aug. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen Sitzung mit je 5 gegen 4 Stimmen die beantragten Beiträge für die Zeppelinspende und für die Abgaben in Donauverträgen abgelehnt. In der Sitzung führte in Abwesenheit des Stadtschultheißen Schwarz der älteste Gemeinderatsmitglied den Vorsitz. In der Versammlung war vorgeschlagen worden, für den Grafen Zeppelin 100 und für Donauverträge 200 M zu bewilligen. Der Beschluss des Gemeinderats wird nicht verfehlen, im ganzen Lande und darüber hinaus Aufsehen zu erregen.

Darmstadt, 12. Aug. Die Bank für Handel und Industrie hat heute die bis jetzt hier gesammelten Beiträge zur Zeppelinspende in der Höhe von 84 524,90 M (darunter 14 002,70 M eigene Sammlung und 20 522,20 M der hiesigen Blätter) an die Allgemeine Rentenanstalt in Stuttgart abgelehnt.

Köln, 15. August. Graf Zeppelin sandte aus Friedrichshafen der Köln. Ztg. folgendes Telegramm als Antwort auf die Übermittlung der ersten Rate der bei ihr gesammelten Beiträge: „Herzlichen Dank für die Ratenzahlung als Beitrag zu dem mir vom Volke anvertrauten Luftschiffbau.“

Magdeburg, 15. Aug. Die Magdeburger Zeitung überwies dem Grafen Zeppelin rund 60 000 M zur freien Verfügung für sein nationales Werk.

Dresden, 13. Aug. Heute mittag fand im Stadtverordnetenversammlungssaal eine vom Oberbürgermeister Beutler einberufene, von zahlreichen Bankiers, Industriellen, Reichs- und Landtagsabgeordneten, sowie anderen hervorragenden Persönlichkeiten besuchte Versammlung statt, die sich mit den Sammlungen für den Grafen Zeppelin befasste. Es wurde beschlossen, dem Reichskammerer mitzuteilen, daß die eingehenden Summen der Nationalspende eingefügt, das Geld aber nach Stuttgart geschickt und Graf Zeppelin zur freien Verfügung gestellt werden soll. Bis jetzt sind 51 000 Mark in Dresden eingegangen. Ein Bundeskomitee soll weitere Sammlungen im Königreich Sachsen anregen.

Ein Echo in Frankreich

Paris, 15. Aug. Eine Nationalabstimmung für Deutschland wird von dem „Echo de Paris“ auf Grund der Begeisterung angeregt, die sich in Deutschland für Zeppelin und sein Werk so imponant behauptet. Das nationalistische Blatt veröffentlicht mehrere Schreiben mit dieser Aufforderung, von denen sich besonders das einiger jungen Franzosen, die in Deutschland ihre Studien vollenden, durch seine lange Beweisführung auszeichnet. Sie haben besonders hervor, daß sie als Zeugen der deutschen Begeisterung feststellen vermöchten, wie sehr außer wissenschaftlichen auch militärische Motive bei den Massen in dieser Hinsicht sich Bahn brechen, und daß somit die Franzosen, wenn sie ihren Ruf als Patrioten wahren wollen, nicht hinter den Deutschen zurückstehen dürfen. Es wird als wahrscheinlich bezeichnet, daß eine gemeinsame Aktion der Presse im Hinblick auf die Subskription vorbereitet wird. (Mf.)

Es „treifelt“

Die Sozialdemokratie hat ein „Schweineglück“. Der Parteitag steht vor der Tür, aber kein tieferes Interesse durchdringt die Gemüter der Genossen. Die Partei muß aber der Masse stets etwas Großes bieten, das wenigstens dem Schein nach Bedeutung besitzt, sonst flaut das Interesse gewaltig ab. Dem Parteivorstand kommt es daher nicht unangelegen, wiederum ein Rehergericht in Nürnberg abhalten zu können. Seine Autorität bröckelt immer mehr ab, selbst dem der Revisionismus immer lecker sein Haupt erhebt. Der Dresdener „Jungbrunnen“ hat ihm keinen Nutzen gebracht, trotzdem dort den Unbotmäßigen, die zur Fahne des Revisionismus schwören, das Rindgrot gebrochen wurde. Immer auf neue hat er feste Vorsätze gegen das heilige Dogma, das um keinen Preis angetastet werden darf, unternommen. Aber mit einem Absolutismus, der jeder Demokratie Hohn spricht, ist die Einheit der Partei auf brutale Weise wieder hergestellt worden. Das vielbesprochene Wort: „Wer nicht pariert, der fliegt“ hat so manchen in seiner Wirkung verschärfen müssen, der es wagte, eine eigene Meinung, die nicht mit der Parole des Parteivorstands übereinstimmte, zu vertreten. Wenn sie auch nicht in die Wüste geschickt wurden wie die edlen Jungs aus der „Vorwärts“-Reaktion, so hat man doch dafür gesorgt, daß sie keinen Schaden mehr anrichten konnten. Calwer, Schöppel, Bernheim, Schöre hielten manchen Reden davon fingen. Jetzt aber hat sich ein neues Wunder begab. In der Sozialdemokratie, die nicht genug mit ihrer Ehrlichkeit prahlen konnte, hat sich ein großer Hüh aufgetan. Auf geheimnisvollem Weg haben die Parteioberen Kenntnis erhalten, daß die süddeutschen Landtagsabgeordneten der Sozialdemokratie zu Pfingsten auf einer Konferenz in Stuttgart beschlossen haben, in Zukunft für die Budgets der Einzelstaaten zu stimmen. Wenigstens liegt dies in ihrem Beschluss, eine Änderung der früheren Resolution anzutreten, die verbietet, für die Budgets zu stimmen, und dies nur ausnahmsweise und aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gestattet.

Die dahinsicheren Landtagsabgeordneten aber werden ihrer Ansicht die Tat folgen lassen und dem Staat geben, was des Staates ist. Darob ist der Parteivorstand in die heftige Entrüstung geraten und hat in einem dringenden Telegramm Auskunft verlangt. In erhellender Kürze wurde ihm die Antwort, daß über die Beschlüsse in Stuttgart ein Schweigegelot erlassen sei und man daher nichts sagen dürfe. Nochmals wurde der Jörnestrahl nach dem Süden. Der Parteivorstand verbat sich solche „Anderen“. Darauf erfolgte überhaupt keine Antwort. Die heftige Entrüstung ist nun im „Vorwärts“ und in der „Leipziger Volkszeitung“ aufgeflammt. Die „Leipz. Volkszeitung“ schlägt schon jetzt vor, die Gesamtpartei müsse „derartige Anmaßungen des parlamentarischen Kritizismus mit glühendem Eisen ausbrennen“. Der „Vorwärts“ zeigt diese Entschiedenheit noch nicht. Ihm ist das Entsetzen über diese unerhörte Unbotmäßigkeit derart in die Glieder gefahren, daß er vorläufig nur zwei Schlüsse zu ziehen wagt: Erstens, daß die Meldung über die Absicht der dahinsicheren Genossen den Tatsachen entspricht, und zweitens, daß sich in gewissen Kreisen des Südens eine Art an Schleichhändlerherausgebildet habe, die nicht einmal dem Parteivorstand die Karten aufdecken wolle, geschweige denn der Masse der Genossen. Der Kerger des „Vorwärts“ und des Parteivorstandes über die „Schleichhändlerherausgebildet“ ist nicht ohne Komik. Der Parteivorstand ist es gerade, der die Schleichhändlerherausgebildet zur höchsten Blüte gebracht hat. Bisher ist es bei ihm feststehende Gepllogenheit gewesen, alle Sachen von Delikatesse „der Masse der Genossen“ vorzuenthalten und sie in geheimen Sitzungen zu erledigen, von denen nur das Ergebnis bekannt wurde. Dagegen war er stets eifrig darauf bedacht, überall seine Hände im Spiel zu haben. Und nun muß ihm das Unglaubliche passieren, daß die Süddeutschen gegen das gefestigte Dogma zu Feld ziehen wollen, ohne daß er etwas erfährt. Auf dem Parteitag wird es nun wieder recht lebhaft zugehen, wenn auch die dahinsicheren Genossen auf Grund des lächerlichen Parteitagbeschlusses jeden Ruf nach Rekrutierung abschlagen werden. So bemerkenswert der ganze Vorgang ist, so braucht man ihm doch keine übertriebene Wichtigkeit beimessen oder gar daran die Hoffnung zu knüpfen, daß der Revisionismus Rückgrat zeigen wird. Er hat es bis jetzt nicht vermocht, sich durchzusetzen, und bei der Zusammenkunft der Parteitage werden diejenigen, die praktische Politik zu treiben sich bemühen, der Macht der Phrasen erliegen und dem „König Demos“ ihre Kebererz machen. Immerhin ist es nicht uninteressant zu sehen, wie innerhalb der Sozialdemokratie die Ränimie, über die die Partei so hochhaft zu spotten mußte, ihre Wirkung äbt. Die Geschichte

folgt dafür, daß auf den Grund die Heiterkeit folgt. Auch in Nürnberg wird man sich gerührt in die Arme fassen, nachdem man sich genugsam „Parteierrat“, „Despotismus“ und ähnliche Kosowo-te an den Kopf geworfen haben wird.

Politische Neberricht.

Der jetzige englische Botschafter in Berlin, Loderstedt, will im Herbst in den Ruhestand treten, scheidet also von seinem Posten. Als sein Nachfolger ist der englische Botschafter in Wien, Goschen, zum Botschafter in Berlin ernannt worden. Diese Ernennung wurde bei der Zusammenkunft in Cronberg vereinbart. Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet hierüber, König Edward habe dem Kaiser Wilhelm in Cronberg die Ernennung Goschens vorgeschlagen und Kaiser Wilhelm habe sich mit dieser Wahl sehr einverstanden erklärt. In Wien habe dann König Edward dem Kaiser Franz Josef Mitteilung von seiner Absicht gemacht. Kaiser Franz Josef soll sich hierbei in schmeichlerischen Ausdrücken über Goschen geäußert und seinem Bedauern Ausdruck gegeben haben, daß dieser ausgezeichnete Diplomat von Wien scheidet. Der neue englische Botschafter in Berlin ist deutscher Herkunft. Die Familie Goschen stammt von dem Leipziger Buchhändler Goschen ab.

Eine Bekanntmachung des ottomanischen Komitees erklärt, Rußland und Frankreich hätten mit Einwirkung gedroht, falls die Regierung die Bewegung nicht unterdrücken könne. Das Komitee weist diese Absicht als unerheblich zurück, da das türkische Volk für Freiheit, Fortschritt und Menschlichkeit arbeite. Die Kaiserin Europas dürften nicht dulden, daß abermals wie in Persien ein russischer Offizier die Freiheit im Blut erstickt. Die Fremden seien in der Türkei vollkommen sicher; nur ein fremdes Eingreifen könne ihnen gefährlich werden. Die Bekanntmachung hat in Konstantinopel sehr übersehen, da man nicht von der Absicht eines Eingreifens wußte. — Nach weiteren Meldungen aus Konstantinopel hat der Minister des Innern Ali Pascha wegen Krankheit um seine Entlassung gebeten. Beamte des Finanzministeriums haben bei dem Großwesir die Entlassung des Finanzministers verlangt. Dieses Verhalten der betreffenden Beamten wird aber allgemein mißbilligt. Eine offizielle Mitteilung der Konstantinopeler Blätter besagt, daß die Rundgebung von Beamten des Finanzministeriums gegen die beschlossenen Reorganisationsgerichte sei, und sagt hinzu, daß, da dies Verhalten den Gang der Staatsgeschäfte hemmen und die öffentliche Ordnung gefährden könnte, die Schuldigen bestraft werden würden. Zwei Beamte wurden bereits verhaftet. — Der Advokat Mustafa Sabri Bey in Saloniki, dem der Posten eines Polizeiministers angeboten worden ist, hat die Übernahme dieses Amtes mit dem Hinweis auf die großen Kosten, mit denen die Reorganisation der Gendarmerie verbunden sein würde und wofür gegenwärtig die Mittel nicht verfügbar seien, abgelehnt. — Der ehemalige Minister des Innern Hadji Ali Pascha wurde zum Generaldirektor der Finanzverwaltung der Rekkabaha ernannt und interimistisch mit der Leitung der Verwaltung der Kriegsausgaben betraut. Gleichzeitig mit den Hafenarbeitern der Kol-Gesellschaft in Konstantinopel traten auch die Arbeiter im Hafen von Haider-Pascha in den Ausstand. Es gelang jedoch der Direktion der Anatolischen Eisenbahnen, die sich im Einverständnis mit der türkischen Regierung der Vermittlung des jungtürkischen Komitees bediente, den Streik in Haider-Pascha beizulegen. Die Ausständigen nahmen Donnerstag die Arbeit wieder auf. Der Streik der Hafenarbeiter an den Kaik von Konstantinopel dauert aber fort. — Truppen unter dem Divisionsgeneral Reichert Pascha sind in das Karadenland des Reichs entsandt, zum erstenmal auf Grund klarer Befehle des Kriegsministers. Sie griffen kräftig ein. Mehrere Karadenen sind eine Anzahl Karadenen wurden erschossen. Die Truppen verfolgen die Karadenen und sollen inhaftieren in Detmold bleiben.

Die belgische Kammer hat bei der Weiterberatung der Kongofrage in den Sitzungen vom Mittwoch und Donnerstag die Artikel 10 bis 17 b des Kolonialgesetzes angenommen. Artikel 10 besagt, daß das Budget über die Einnahmen und Ausgaben der Kolonie jedes Jahr getrennt festgelegt wird. Nach Artikel 11 erfolgt die Genehmigung der Hauptrechnung durch Gesetz nach geschätzter Prüfung durch den Rechnungshof. Artikel 12 bestimmt, daß die Kolonie keine Anleihe aufnehmen oder die Zinsen einer Anleihe garantieren oder Arbeiten zur Schaffung außerordentlicher Hilfsquellen ohne gesetzliche Ermächtigung vornehmen kann. Nach Artikel 13 wird ein besonderes Gesetz die Bestimmungen über die Konzessionen von Minen und Eisenbahnen sowie über die Abtretung oder Übertragung von Domänen festlegen. Artikel 14 betrifft die Organisation der Zivil- und Militärjustiz. Artikel 15 enthält Bestimmungen über die Ernennung und Absetzung der Beamten, Artikel 16 über Einstellung und Ausschub der gerichtlichen Verfahren und Einsetzung der Militärgerichte. Artikel 17 a gewährt dem König das Begnadigungsrecht und das Recht der Straferlassung. Artikel 17 b besagt, daß der Gouverneur und die stellvertretenden Gouverneure Vertreter des Königs sind.

Der holländische Marineminister hat in Anbetracht des Konflikts mit Venezuela seinen Urlaub unterbrochen und ist nach dem Haag zurückgekehrt. Der Kreuzer „Frederik“ geht Ende d. M. nach Westindien ab. Der Dampfer „Ulrecht“ ist schon früher angewiesen worden, die „Selbaland“ in Westindien zu ersetzen; aber es wird von der Lage der Verhältnisse abhängen, ob die „Selbaland“ nach der Rückkehr der „Ulrecht“ zurückgekehrt wird. — In

Venezuela hat man sich inzwischen einen neuen Liebergriff erlaubt. Die holländische Barke „Justicia“ wurde von einem venezolanischen Riffenwächterschiff beschlagnahmt und nach Portocabello geschleppt, wo die Besatzung ohne irgendeine Ursache ins Gefängnis geworfen wurde und viel anzukämpfen hatte. Später wurden die Barke und die Besatzung ohne Entschädigung entlassen. Die Presse von Caracas fordert immer nachdrücklicher Appelle gegen Venezuela.

Die serbische Stapschichta hat nach längerem Reden des Finanzministers und des Ministers des Innern den Gesetzentwurf betreffend den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn in namentlicher Abstimmung im allgemeinen angenommen. Sie begann darauf die Sozialdebatte.

Die Beziehungen zwischen Japan und China sind nach amtlichen japanischen Nachrichten in der Besserung begriffen. Der Botschaft in Südchina nehme ab und wichtige Fragen, die nach dem Krieg entstanden, seien jetzt zum großen Teil erledigt. Japan wünsche ernstlich, mit China die besten Beziehungen zu unterhalten, und China müsse dazu gebracht werden, seine Stellung in Asien und seine Beziehung zu Japan und den anderen Mächten richtig zu verstehen. Bei dem Bemühen, Chinas Grenzabsicht zu erwerben, werde Japan aber an dem Konzept der Mächte festhalten.

Tausend chinesische Soldaten in Koughan bei Wuchow haben wegen Verhöhnung eines Kameraden, der beim Spiel betroffen wurde, generaliert. Sie erzwangen ihren Kommandeur, sowie mehrere Offiziere und griffen schließlich das Militärlager bei Onyang an, dessen Besatzung die Flucht ergriff. Die Reiterer plünderten sodann den Ort und verhehlten sich mit den Rebellen der Längsberge. Wegen die Reiterer sind Truppen entsandt worden.

Eine Barke Mahalla Malay Hafid ist am 8. d. M. früh entgegen aller Erwartung aus Pegu nach dem Schwanseegebiet aufgebracht. Die aus 8000 Mann bestehende Mahalla steht unter dem Befehl des Bruders Malay Hafid, Malay Redir. Am Abend des 7. August war ein Ministerial abgehalten worden, dessen Beratungen sich lange hinzogen. Malay Hafid will den treu zu ihm haltenden Söhnen bei dem zu erwartenden Entscheidungskampf mit Abdul Hafid durch diese Truppenmacht stärken. Die Mahalla, die gut ausgerüstet ist und fünfzig Geschütze mit sich führt, soll durch sein gehen. Aus Elster wird berichtet, ein englischer Krat sei auf dem von Amriti besetzten Gebiet gefangen genommen und unter der Verhöhnung, am vergangenen Montag an dem Kampf zwischen dem ostindischen Raj Bu Kanda und dem holländischen Amriti gegen letzteren als Aufwähler teilgenommen zu haben, angepöbeln, mißhandelt und schließlich getötet worden.

Die Regierung des brasilianischen Staates Sao Paulo hat in der Kammer eine Gesetzesvorlage eingebracht betreffend eine Zulassung von 20% ad valorem auf Kaffee für diejenigen Exportmengen, die für 1908 9 Millionen Sad, für 1909 9% Millionen und für die folgenden Jahre 10 Millionen Sad übersteigen. Die Vorlage sieht eine Erhöhung des Ausfuhrzolls von 3 auf 5 Frank für den Sad vor. Gleichzeitig fordert sie eine Anleihe von 15 Millionen Pfund Sterling.

Erhöhung der Soldatenlöhne.

Berlin, 15. Aug. Wie die Hoff. Zig. erzählt, wird der vom Kreisrat ergangene Antrag, im Zusammenhang mit der Reorganisation der Beamtenbesoldung auch die Erhöhung der Besoldungen des hiesigen Heeres neu zu regeln, von der Reichsregierung Folge gegeben werden. Die Frage dürfte jedoch nicht im Zusammenhang mit den Beamtenbesoldungsgesetzen stehen, sondern durch den nächsten Etat zur Erledigung gelangen. Es dürfte sich dabei um eine Zulage von 8 Pfennigen pro Tag handeln, wofür eine Mehrsumme von 15 Mill. jährlich einzuführen. Außerdem soll in Zukunft den Mannschaften auch das Putzmaterial kostenfrei geliefert werden. (Rpt.)

Tages-Neuigkeiten.

Aus Stadt und Land.

Freitag, den 17. August 1908.

Am letzten Freitag den 13. d. M. hielt die **Handwerkskammer Neutlingen** ihre regelmäßige Vollversammlung ab, die sich in der Hauptsache mit inneren und mit Verwaltungangelegenheiten der Kammer zu befassen hatte. Die Jahresrechnung 1907/08 wurde nach erfolgter Revision abgenommen, nebst dem Haushaltsplan für 1908/09. Der Sekretär referierte sodann über die Gewerbeordnungsvorlage vom 30. Mai 1908 (sogenannter kleiner Beschäftigungsnachweis) und seine vorläufigen Eindrücke. Das Gesetz, das die Erfüllung einer alten Handwerkerforderung darstellt, wurde als Fortschritt und als ein weiteres nicht unwesentliches Mittel zur inneren Gesundung des Handwerks begrüßt. Die Kammer wird der R. Zentralstelle für Gewerbe und Handel Vorschläge zu dem Entwurf einer Ministerialverordnung zu diesem Gesetz unterbreiten. — Ueber die Verhandlungsgegenstände des 9. Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages und die Stellungnahme der Kammer hierzu referierte der Vorsitzende. Hierbei kamen hauptsächlich zur Sprache die Frage der Abgrenzung von Fabrik und Handwerk, Eintragung von Handwerkern ins Handelsregister, Einschränkung der Vergünstigungen für die Ausfuhr von Gewerbe, Besetzung von Gewerbeämtern, Beteiligung der Handwerkskammern an dem Aufsichtsrat über die Innungen, Bekämpfung des Vergewaltens. — Schließlich verhandelte die Kammer noch über die Frage der Verschärfung der Fremdenpolizei

gegenüber ausländischen Arbeitern. Da einerseits ein erhebliches Interesse der öffentlichen Sicherheit an der Durchführung dieser Maßregel vorliegt, strafrechtlicher und staatsrechtlicher Natur, andererseits die angeführten Erwägungen ergeben haben, daß eine Verschärfung der Interessen der Arbeitgeber nicht zu befürchten ist, so beschloß die Kammer vorzuschlagen, daß alle ausländischen Arbeiter künftig bei der polizeilichen Anmeldung eine konsularisch beglaubigte deutsche Uebersetzung ihres Passes vorzulegen habe. Dadurch würde wohl den schlimmsten Mißständen vorgebeugt werden.

Nachzug aus dem Jahresbericht der Landw.

Verkaufsstation Hohenheim. In Nr. 33 des Württ. Wochenblattes für die Landwirtschaft veröffentlicht die landwirtschaftliche Verkaufsstation Hohenheim ihren Jahresbericht. Bei dem Interesse, das die dort mitgeteilten Beobachtungen und Erfahrungen auch für die Landwirte unseres Oberamtsbezirks haben, soll im Nachfolgenden das Wichtigste hieraus hervorgehoben werden. In erster Linie macht die Verkaufsstation alle Landwirte, welche Kunstdünger kaufen, stets sorgfältig eine Probe davon nehmen und diese Probe nach Hohenheim zur Untersuchung einsenden. Werden vom Landwirt die vorgeschriebenen Probenahmevorschriften, die von der Verkaufsstation mündlich zu erhalten sind, ordnungsmäßig ausgefüllt, so erfolgt die Untersuchung kostenlos. Wie notwendig eine Nachuntersuchung der Handelsdüngemittel ist, geht daraus hervor, daß im letzten Jahre 86 900 K wegen gefeierter Mindergehalte von den Lieferanten vergütet werden mußten. Man sieht also, daß noch sehr oft die gefeierten Ware nicht den Gehalt aufweist, der berechnet wurde, und daß sich die kleine Mähe der Probenahme sehr wohl bezahlt macht. Ferner empfiehlt die Verkaufsstation, die Thomasmühle nur nach ihrem Gehalt an citronensäurelöslicher Phosphorsäure zu kaufen, und nicht nach Gesamtposphorsäure, denn unter Umständen kann im letzteren Falle ein Wagon Thomasmehl bis zu 125 K billiger sein. Noch mehr Geld kann aber jeder Landwirt sparen, wenn er kein Ammoniakphosphat, Kaliumphosphat, Kalkammoniakphosphat etc. kauft, sondern sich diese Mischung selbst herstellt, wozu Vorschriften jedermann von der Verkaufsstation zu haben sind. Denn beispielsweise kostet ein Wagon Ammoniakphosphat mit 9% Phosphorsäure und 9% Stickstoff, vom Händler bezogen, 144 K mehr, als wenn diese Mischung vom Landwirt selbst herstellt wird. Beim Kalkammoniakphosphat II (6% Kalk und 9% Phosphorsäure) kostet die gefasste Mischung sogar 190 K mehr als die selbsterzeugte. Zum Schluss soll noch erwähnt werden, daß bei allen künstlichen Düngemitteln die hochprozentigen Sorten am billigsten sind und die Billigkeit der niedrigprozentigen Ware nur eine scheinbare ist. Dem Landwirte kauft Thomasmehl möglichst hochprozentig nach seinem Gehalt an citronensäurelöslicher Phosphorsäure und verkauft es nicht, eine Probe davon zur Untersuchung nach Hohenheim zu schicken.

r. Calw, 16. Aug. Die Buchen Emil Rater aus Diebenzell und Karl Roth aus Simmangheim, die schon in den letzten Tagen durch unersichtliches Schicksal lästig geworden waren, haben in Diebenzell eine Geschirrhütte erblickt und deren Inhalt geplündert. Sie wurden in das Gefängnis des hiesigen Amtsgerichts gebracht.

r. Unterriechenbach, Amt Calw, 16. Aug. Der 6jährige Junge eines Mechanikers der hiesigen Glasfabrik kam in der Fabrik einer Transmissionswelle zu nahe, wurde erfaßt, herausgewirbelt, jedoch er kam nach Hause krank, sowie einen Schädelbruch erlitt und nach kurzer Zeit starb.

r. Entringen, Amt Drennberg, 16. August. Wie häufig dies Jahr die Obsternte zu werden verspricht, erhellt aus der Tatsache, daß der Ertrag des hiesigen Gemeindefeldes um rund 900 K vergrößert wurde, 4mal so teuer als im vorigen Jahre.

Stuttgart, 14. Aug. Seit heute erscheint eine neue Zeitung, der „Schwäbischer Grenzboten“, ein freisinniges Blatt für Schwäbisch, Alpirsbach, Stadt und Bezirk Oberndorf. Das Blatt ist besonders im Hinblick auf das für den Liberalismus unglückliche Ergebnis der Oberndorfer Gewerkschaft in dem großen Interesse.

r. Stuttgart, 15. Aug. Der Polizeibehörde schreibt: Am Freitagabend verfuhr auf der Kreuzung der Dudenstraße und Böblingerkreuzung ein 28 Jahre alter, verheirateter Radfahrer einem ihm entgegenfahrenden Automobil entgegen, das nicht rasch genug angehalten werden konnte, überfuhr. Er erlitt einen Schädelbruch und mußte in das Marienhospital überführt werden. — Gestern vormittag wurde die Frauensperson festgenommen, die in der letzten Zeit mehrfach von ihren Eltern zur Besorgung von Einkäufen fortgeschickten Kindern Geld abnahm.

r. Gensbach, 15. Aug. Fabrikant Rauer, Forstwartung und Forstschloß Gensbach werden dieser Tage eine Kelle nach Dautschbach abholen, um die Abholung der von der hiesigen Firma Karl Feuerlein dort erworbenen 250 ha Waldbestände in die Wege zu leiten. Die Firma hat die Waldbestände zur Gewinnung von Forstholz angekauft.

Waiblingen a. S., 16. Aug. Gestern mittag waren 2 Monteurs der elektrischen Zentrale Herrensberg an einer Leitung zur Brauerei Reich, welche über die Straße führt, beschäftigt, als ein unter durchsahrendes Fahrzeug die herabgehängene Drahtseile mit sich riss, so daß die zusammengehängene Seile ins Rutschen kam und abbrach. Die beiden Monteurs kletterten 2 Stod hoch ab. Einer war sofort tot, (es ist der 31 Jahre alte ledige David Stern, der heute in Unterriechenbach beerdigt wird), während der andere schwerverletzt in das Marienhospital nach Stutt-

gart überführt legte.

r. Waiblingen wurde geliefert, weil Mädchen in Schwem Schnaps festgenommenen Laten verurteilt liegen, das Krankenhaus einer genau

r. C. Hochwald Sittlichkeit seine Verhe

klein die Eintrüben hohen Fel für unter schwerte

r. G. der hier an den See angestrichen daria. D

Man führt an denen

Tät

Wahl auf mit erhoben wegen Be

Die von er wurde traf den

eines Verjacher in Rede stehenden Punkten

bei ihm 9 Postamt i ung gegeb Einziehung ring in D 2/3 Rom Strafkamm gart eines

Best Deutscher Gustav tätigen of

Der hdt, sind ausstehende Reihe von

Der Motorist (5 u bildung un glatt ver freiste de erleben, i

Der Datum ist „Städtege

Sig Hohenzell gelante, Er wurde brachte i

Kar der Koris d. Marien

Der Stader, Sie war und halte Schrank d und souf brechenben

Ir kanden i lasse und durch die die sie en verköhlt.

Im der Schn

Heb Preußen bestand, s maß Gele Kaiserpost nicht tanz haben, ten „Presse“.

